

„Einsparungen gehen zu weit“

Trotz Kritik stimmt der Gemeinderat Lengdorf geschlossen für den Haushaltsplan 2024

VON LEA WARMEDINGER

Lengdorf – Die Gemeinde Lengdorf haushaltet heuer extrem sparsam. Grund dafür ist, dass die Ausgaben immer höher werden, die Einnahmen aber nicht. Ein Haushaltsplan nur mit dem Allernötigsten ist keine dauerhafte Lösung, fand ein Gemeinderat. Trotzdem segnete das Gremium den Etat für 2024 und den Finanzplan bis 2027 einstimmig ab.

„So wie ich meine Arbeit hier angefangen habe, haben wir auch den Haushalt angefangen: einfach mal ganz bei Null“, berichtete die neue Kämmerin Martha Biberger. Man habe nur aufgenommen, was unbedingt notwendig sei, da es ja ein Konsolidierungskonzept in Vereinbarung mit dem Landratsamt gibt. Der erste Entwurf habe dem Finanzausschuss im Fe-

bruar vorgelegen – mit einem Minus von fast 3,3 Millionen Euro, „was ganz schön heftig ist“, so Biberger. Denn man müsse dafür ein Darlehen aufnehmen, Zinsen und Tilgung finanzieren.

„Das war eine Situation, die man so nicht stehen lassen wollte“, sagte die Kämmerin im Gemeinderat. Der Finanz-

Viele Kürzungen schmerzen

ausschuss habe zwei Kürzungen vorgenommen: beim Wärmekonzept für das Rathaus und beim Verputz des Feuerwehrhauses in Matzbach, beides jeweils um 10 000 Euro. „Aber was sind 20 000 Euro bei 3,3 Millionen?“

Aus diesem Grund und der daraus entstehenden Neuverschuldung, die sich bis zum

Ende des Finanzplans auf zehn Millionen Euro erhöhen würde, hat der Gemeinderat in einer Klausurtagung weiter gekürzt. „Da hat man Sachen rausgenommen, die alle schmerzen.“ Man habe Investitionen verschoben, die schon in den Vorjahren verschoben wurden und damit das Volumen des Vermögenshaushalts um fast 1,8 Millionen Euro reduziert.

Betroffen sind unter anderem das Feuerwehrfahrzeug, das günstiger wird als erwartet, und ein Schnelleinsatzzelt, dessen Kosten die Feuerwehr nun selbst übernimmt. Auch die Investitionen für Heizung und Fassade der Schule wurden reduziert sowie diverse Maßnahmen für Kindergarten und -krippe. Mit Abstand größter Einsparposten ist ein eingeplanter Grundstückskauf für 1,4 Millionen Euro, der nun nicht

stattfindet.

Bürgermeisterin Michèle Forstmaier zählte zudem den Vorplatz des neuen Kindergartens auf, der nun nicht gepflastert wird, sowie den Radweg zwischen Friedhof und Bruck, der vorerst ein Trampelpfad bleibt. Die Schwerpunkte der Investitionen, die im Etat blieben, sind Breitbandausbau, Feuerwehr, Grundschule, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung.

Der Ansatz im Verwaltungshaushalt für den laufenden Betrieb liegt bei 6,74 Millionen (+400 000 Euro im Vergleich zu 2023), der Vermögenshaushalt hat jetzt ein Volumen von 3,67 Millionen Euro (-2,79 Mio.). Das Gesamtvolumen beträgt 10,41 Millionen Euro, das sind 2,4 Millionen weniger als 2023.

„Im Verwaltungshaushalt sieht man, dass die Ausgaben

immer steigen – und die Einnahmen leider nicht in der gleichen Kontinuität“, sagte Biberger. Ein weiteres Problem: Wegen unerwartet hoher Erstattungen können heuer bei der Gewerbesteuer nur 850 000 Euro eingeplant werden. Die Kreisumlage (1,93 Mio.) nimmt etwa ein Drittel des Verwaltungshaus-

Schulden steigen auf 8,5 Millionen

haltes ein. Das sei noch kein so hoher Betrag, doch 2025 zahle man sicherlich mehr, prognostizierte Biberger.

Die Ausgaben werden überwiegend durch Neuverschuldung und aus den Rücklagen finanziert. Dadurch steigt der Schuldenstand, der Ende 2023 bei 7,4 Millionen lag, bis Ende 2027 auf 8,5 Millionen Euro. Damit steigt auch die

Zinsbelastung und es können dem Vermögenshaushalt trotz Anpassung der Hebesätze nicht ausreichend Mittel für die Tilgung zugeführt werden.

Immerhin: Zum Jahresende 2023 errechnete sich statt den geplanten 420 000 Euro eine Zuführung von 1,43 Millionen Euro an die Rücklagen. „Das sind Ausgaben, die nicht getätigt wurden“, erklärte Biberger. Mit dieser Summe könne man sich bis Ende der Finanzplanung über Wasser halten.

„Mir gehen die Einsparungen zu weit“, sagte Bodo Lampe (LOS/SPD). „Wir haben ein strukturelles Problem, dass jedes Jahr die Ausgaben die Einnahmen überschreiten.“ Er halte es für den falschen Ansatz, „alles wegzustreichen“. Trotzdem stimmte er wie alle anderen Räte für den Haushalts- und Finanzplan.